

1450/A(E) XXVII. GP

Eingebracht am 25.03.2021

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Gabriele Heinisch-Hosek,
Genossinnen und Genossen

betreffend **Berufszentren für Mädchen und junge Frauen**

Bereits am Beginn ihres Berufslebens stellen Mädchen und junge Frauen die Weichen für ein selbstbestimmtes und eigenständiges Leben. Es ist daher von grundlegender Bedeutung, so früh wie möglich die eigenen Interessen und Stärken zu erkennen. Berufszentren für Mädchen und junge Frauen bieten in diesem Zusammenhang ein umfassendes Betreuungs- und Beratungsangebot zur Umsetzung persönlicher und beruflicher Ziele. Kompetente Berater*innen und Coaches begleiten bei der Gestaltung des beruflichen Werdegangs und geben Orientierung in der Arbeitswelt. Die Förderung einer nachhaltigen Berufswahl und Berufsentscheidung, abseits von tradierten Rollenklischees, sowie die Unterstützung bei einem gelungenen Ausbildungs- bzw. Arbeitseinstieg stehen im Mittelpunkt.

Selbstverständlich hat die schwierige Situation am Arbeitsmarkt aufgrund der Corona-Krise auch Auswirkungen auf diesen Prozess. So sind mit 1. März 2021 beim AMS österreichweit 33.295 Mädchen und junge Frauen vorgemerkt (bis 19 Jahre: 13.068; zwischen 20 und 24 Jahren: 20.227). Hinzu kommt die Problematik, dass speziell in ländlichen Regionen die Möglichkeiten zur beruflichen Orientierung häufig besonders eingeschränkt ist. Derzeit gibt es lediglich in Wien (Sprungbrett), Klagenfurt (Mädchenzentrum Klagenfurt) und Graz (Mafalda) Mädchenberufszentren, die mit dem AMS kooperieren.

Es ist daher dringend notwendig, das Konzept der Berufszentren für Mädchen und junge Frauen zwischen 15 und 25 Jahren auf ganz Österreich auszurollen, gemeinsame Qualitätsstandards festzulegen und in jedem Bundesland eine solche Institution einzurichten. Um die Zielgruppen auch tatsächlich zu erreichen, müssen Berufszentren auch aufsuchend tätig werden können. Wesentlich hierbei ist die Zusammenarbeit mit den AMS-Regionalstellen sowie eine nachhaltige Finanzierung.

Die unterfertigenden Abgeordneten stellen daher folgenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat möge beschließen:

"Die Bundesregierung, insbesondere die Bundesministerin für Frauen, Familie, Jugend und Integration im Bundeskanzleramt und der Bundesminister für Arbeit, werden aufgefordert, in jedem Bundesland zumindest ein Berufszentrum für Mädchen und junge Frauen

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

einzurichten, wobei eine Zusammenarbeit mit dem AMS, eine ausreichende nachhaltige Finanzierung sowie die Möglichkeit aufsuchender Arbeit der Berufszentren sicherzustellen sind.“

Zuweisungsvorschlag: Gleichbehandlungsausschuss